BRH: Der Ministerpräsidentin soziale Ungerechtigkeiten vorgeworfen

27.04.2013

BRH: Soziale Gerechtigkeit war einst bei der SPD ganz oben angesiedelt

Ältere Menschen hielten der Ministerpräsidentin soziale Ungerechtigkeiten vor.

(BRH NRW/Hamm) Eigentlich hätte sie das nach den vielen Zusammentreffen in den letzten Wochen und etlichen Protestmaßnahmen erwarten können. Beeindruckt und überrascht schien sie dennoch und dies sichtlich und spürbar beim Empfang zum Tag der Arbeit.

Deutlich wurde in Hamm die Meinung gesagt, entliehen von unseren Freunden der Polizei.

Die Rede ist von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die zum vorgezogenen Empfang zum 1. Mai vor der Maximilian-Halle in Hamm von tausenden Vertretern des öffentlichen Dienstes stimmungsvoll mit voller Lautstärke empfangen wurde. Pfeifkonzert und Buh-Rufe beschreiben die Szene noch nur moderat, rund 1.300 Beschäftigte und Ruheständler besorgten ohrenbetäubenden Lärm.

Klaus Reimer (li) und Carl Schlesinger (li) vertraten die Euskirchener Farben und rückten mit der BRH-Büroleiterin Elke Cole mit Fakten der Ministerpräsidentin "auf die Pelle".

Mitten unter den protestierenden Beamten, junge wie alte, war natürlich eine Vertretung des Seniorenverbandes BRH NRW und aus Euskirchen die Vorstandsspitze mit Klaus Reimer und Carl Schlesinger. Und dies auch später beim Empfang in der gut besuchten Halle, wo die älteren Menschen schriftlich und im Gespräch der Ministerpräsidentin deutlich soziale Ungerechtigkeit vorhielten. Dabei war man doch immer stolz darauf, dass soziale Gerechtigkeit bei der SPD ganz oben angesiedelt ist.

Von Seiten der Berufsvertretungen sprach der DGB-Vertreter Andreas Meyer-Lauber im Rahmen der Ansprachen klare Worte. Er machte den Affront gegenüber dem Öffentlichen Dienst zum zentralen Punkt seiner Rede. A11, A12 und A13 seien doch keine Spitzenverdiener. Es habe sich noch nie eine Tarifrunde ergeben, bei der sich die Arbeitnehmer mit Null-Prozent hätten abfinden müssen. Eine weitere Missachtung des Mitwirkungsrechtes sei zudem, dass zur Übertragung der "Null-Runde" die Gewerkschaften noch nicht einmal gehört worden seien.

Bescheiden war, was Ministerpräsidentin Kraft dazu äußerte. Die Politik finde keinen finanziellen Spielraum für solche umfangreichen Besoldungserhöhungen. Die Nicht-Übertragung bedeute aber keine geringe Wertschätzung der Arbeit der betroffenen Kollegen. Die sollen doch bitte mehr Solidarität zeigen mit denen, die etwas mehr bekommen haben.

Auch wenn der Eindruck täuscht: Auch im geselligen Rahmen am Abend wurden der Ministerpräsidentin immer wieder mündlich und schriftlich Ungerechtigkeiten vorgehalten.

Zur Nachrichtenübersicht